

Regierungsratsbeschluss

vom 14. März 2023

Nr. 2023/390

Vernehmlassung zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2023 Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2022 gelangt die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2023. Das Verordnungspaket umfasst Anpassungen der folgenden Verordnungen:

- Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung; SR 641.711)
- Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV; SR 814.911)
- Lärmschutz-Verordnung (LSV; SR 814.41)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV; SR 814.710).

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, die Motorfahrzeugkontrolle und das Amt für Umwelt zum vorliegenden Verordnungspaket geäußert.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2023 an das Bundesamt für Umwelt BAFU beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 14. März 2023

Verteiler

Bau und Justizdepartement
Amt für Umwelt (ZG, hac 2022-1693) (2)
Amt für Raumplanung
Motorfahrzeugkontrolle
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Landwirtschaft
Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Energiefachstelle, Rathausgasse 16
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)